

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Haus. Ad. Schles., Postleiteramt,
Dr. Gerberstr. u. Breitestr. 46,
Otto Reichsdr., in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktion-Sprechstunde
von 9–11 Uhr Vorm.

Mr. 305

an den auf die Sonne und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährl. 4,50 M., für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Hundertunddritter Jahrgang.

Freitag, 1. Mai.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
v. Mosse,
Haasestein & Vogler A.-G.,
G. C. Paape & Co.,
Invalidendank.
Verantwortlich für den Inseraten-
teil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Inserate, die schägestellte Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1896

Posener Zeitung

80. Sitzung vom 30 April, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Ueberentommen gestattet.)

Die zweite Berathung des Börsengesetzes wird beim § 36 fortgesetzt.

§ 36 und folgende handeln von der Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel. § 36 handelt von der Zulassungsstelle und lautet in der Kommissionssatzung: Die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel erfolgt an jeder Börse durch eine Kommission (Zulassungsstelle), von deren Mitgliedern mindestens die Hälfte aus Personen bestehen muß, welche nicht in Börsenregister für Wertpapiere eingetragen sind.

Von der Berathung und Geschlussfassung über die Zulassung eines Wertpapieres zum Börsenhandel sind diejenigen Mitglieder ausgeschlossen, welche an der Einführung dieses Wertpapieres in den Börsenhandel betheiligt sind; für die ausscheidenden Mitglieder sind Stellvertreter nach näherer Bestimmung der Börsenordnung zu berufen.

Die Zulassungsstelle hat die Aufgabe und die Pflicht: a) die Vorlegung der Urkunden, welche die Grundlage für die zu emittierenden Wertpapiere bilden, zu verlangen und diese Urkunden zu prüfen; b) dafür zu sorgen, daß das Publikum über alle zur Beurtheilung der zu emittierenden Wertpapiere notwendigen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse so weit als möglich informirt wird, und bei Unvollständigkeit der Angaben die Emission nicht zugelassen; c) Emissionen nicht zugelassen, durch welche erhebliche allgemeine Interessen geschädigt werden oder welche offenbar zu einer Uebervertheilung des Publikums führen.

Graf Kanitz (sond.) beantragt, in der ersten Zeile vor dem Worte "Wertpapieren" einzuschalten: "inländischen".

erner beantragt Graf Kanitz in § 36 folgenden letzten Absatz anzufügen: Ueber die Zulassung ausländischer Wertpapiere zum Börsenhandel hat eine Haupt-Zulassungsstelle zu beschließen. Diese hat ihren Sitz in Berlin und besteht aus 20 Mitgliedern, welche vom Bundesrat auf fünf Jahre zu wählen sind. Eine erneute Wahl ist zulässig. Die Wahl der Hälfte der Mitglieder sollt auf Vorschlag der Handelsorgane. Darüber, in welcher Anzahl dieselben von den einzelnen Handelszonen vorzuladen sind, bestimmt der Bundesrat. Die andere Hälfte wird unter angemessener Berücksichtigung der anderen Berufsstände gewählt.

Die Zulassungsstelle darf die Emission ohne Angabe von Gründen ablehnen. Im Uebrigen werden die Bestimmungen über die Zulassungserlegung der Zulassungsstelle sowie über die Zulässigkeit einer Beschwerde gegen deren Entscheidungen durch die Börsenordnungen getroffen. Die Zulassungsstelle ist befugt, zum Börsenhandel zugelassene Wertpapiere von demselben auszuschließen.

Die Zulassung deutscher Reichs- und Staatsanleihen darf nicht versagt werden.

Abg. Fischbeck (Frl. Bpt.) beantragt in § 36 Absatz 1 statt der Worte "die Hälfte" zu legen: "der dritte Theil", ferner in Absatz 3b hinter "bei Unvollständigkeit" einzuschalten: "offenbarer Narichtigkeit oder Unbilligkeit", und endlich die Nummer 3 des Absatzes 3 zu streichen.

Die Debatte erfreut sich vorläufig nur auf den Antrag Kanitz, eine Centralzulassungsstelle für ausländische Papiere zu errichten.

Abg. Graf Kanitz (sond.) kommt noch einmal auf das Gutachten der Vertreter der Berliner Kaufmannschaft in Sachen Ritter und Blumenfeld zurück und bittet den (nicht anwesenden) Handelsminister, auch das Gutachten der Vertreter im Halle Cohn und Rosenberg mitzuhören. Rebner führt dann in der Begründung seines Antrages aus, daß das Emissionswesen vor Allem einer Reform bedürfe. Selbst der Abg. Bomberger hat einmal geschehen: "Was sind die paar Millionen, die durch die Bankbrüche verloren gegangen sind, gegenüber den Riesensummen, die in Anatolien verloren wurden?" Ein großer Nebenstand ist es, daß an jeder Börse ausländische Emissionen aufgelegt werden können. Die Börsenkommission stützt meinem Antrage theologisch wohlwollend gegenüber. Man hat gegen den Antrag einwendet, daß die Schaffung einer Centralstelle der Regierung eine Verantwortung auferlege, die sie nicht tragen könne, man hat politische Rücksichten gestellt gemacht und gemeint, daß die Regierung den andern Staaten gegenüber in einer schwachen Lage läge, deren Papiere sie nicht zulassen wollte. Aber es handelt sich doch darum, Deutschland vor weiteren Verlusten zu schützen, und gegenüber diesem Besireben müssen alle Bedenken schwaden. Seiner Zeit hat ja auch die Regierung in Sachen der russischen Werke eingriffen. Durch eine Central-Emissionsstelle wird das ganze Emissionswesen in solide Bahnen gelenkt. (Beifall links.)

Reichsbankpräsident Dr. Koch erklärt, daß sich die verbürgten Regierungen der Wehrheit der Kommission angelassen und sich gegen die Errichtung einer Central-Emissionsstelle erklärt hätten. Es sei allerdings richtig, daß Deutschland an ausländischen Papieren Verluste erlitten habe, aber diesen ständen doch auch ganz bedeutende Gewinne gegenüber. Allein an russischen und amerikanischen Papieren hätte Deutschland eine Milliarde gewonnen. Auch nehme Deutschland jährlich 500 Millionen an Zinsen aus ausländischen Papieren ein. Eine solche Centralstelle könnte auch in keiner Weise dafür Gewähr bieten, daß keine unsoliblen Papiere aufgelegt würden.

Abg. Fischbeck (Frl. Bpt.): Auch meine politischen Freunde gegen den Wunsch, das Börsenwesen einer zeitgemäßen Reform zu unterziehen, aber den Gründen des Grafen Kanitz können wir uns in seiner Weise anschließen. Es ist in keiner Weise nachgewiesen worden, daß die Verluste an den ausländischen Papieren durch die Unzuverlässigkeit der Emissionsstellen herbeigeführt worden sind, diese sind vielmehr durch Ereignisse eingetreten, die man nicht vorhersehen konnte. Auch, wenn eine Central-Emissionsstelle errichtet

wird, werden sich Verluste nicht vermieden lassen. Eine Centralstelle würde dem Reiche eine Verantwortlichkeit auferlegen, die dieses nicht tragen könnte. Auch würde eine solche Centralstelle im Publikum den Glauben erwecken, als ob nun die aufgelegten Papiere ganz besonders sicher seien. Das Reich muß sich überhaupt nicht in derartige Geschäfte mischen. Sehr mit Unrecht hat Fürst Bismarck seiner Zeit die Bombardirung der russischen Papiere an der Reichsbank verboten; hierdurch wurden viele kleine Leute gezwungen, ihre russischen sicheren Papiere zu niedrigen Kursen zu verkaufen und haben dadurch große Verluste erlitten. Dieses Beispiel spricht also eher gegen als für den Antrag Kanitz. Durch diesen Antrag würden auch sämtliche kleinen Börsen schwer geschädigt werden. Aus allen Gründen bitte ich Sie namens meiner Freunde, diesen Antrag abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Bachem (Ctr.) erklärt, daß seine politischen Freunde den Antrag Kanitz für durchaus verfehlt und für praktisch undurchführbar hielten. Denn dieser Antrag zwinge geradezu das Auswärtige Amt, seinen gelämmten diplomatischen Apparat der Reichszentralstelle zur Verfügung zu stellen, was das Auswärtige Amt sicher nicht thun wolle.

Abg. Singer (Sozd.) führt aus, daß er und seine Freunde ebenfalls das Emissionswesen für reformbedürftig halten. Eine Reichszentralstelle würde hier jedoch nichts nützen, man müsse vielmehr diejenigen gesetzlichen Vorschriften verschärfen, die für die Zulassung der ausländischen Papiere überhaupt beständen. An sich habe er allerdings kein Mitteil mit den Leuten, die wegen der hohen Zinsen ihr Geld nicht in sicheren inländischen, sondern in faulen ausländischen Papieren anlegen. Es sei immer falsch, wenn man die Emission einer ausländischen Anleihe mit irgend einem staatlichen Institut in Verbindung bringe. So habe die Diskontogesellschaft die neue chinesische Anleihe emittiert, habe aber in Voraussicht der kommenden Haftvorsetzung für die Prospekte nicht selbst die Prospete unterzeichnet, sondern das der "Deutschostasiatischen Bank" überlassen, die kein Mensch kennt. Die Zahlungsstelle für diese Anleihe sei über die Königl. Preuß. Seehandlung, so daß in dem Publikum der Glaube erweckt werde, daß die Regierung auch für diese Anleihe die Verantwortung übernehme. Die Regierung müsse es unter allen Umständen vermeiden, sich der Börse zu Vieh in politische Verwicklungen zu stürzen.

Gehrmuth Wermuth spricht sich aus praktischen Gründen gegen den Antrag Kanitz aus. Die durchschnittliche Zahl der ausländischen Emissionen, einschließlich der abgelehnten, betrage jährlich etwa 50, der Centraalausstausch müsse also ununterbrochen das ganze Jahr zusammen sein und könnte die ihm übertragene Arbeit nicht leisten.

Abg. Dr. Hahn (bei keiner Partei) meint, daß ja die Mitglieder des Ausschusses regelmäßig wechseln könnten. Die Schaffung einer Centralstelle gewähre eine größere Unabhängigkeit gegen lokale Einflüsse. Man bleibe nicht mehr Herr in seinem eigenen Hause, wenn man so viel Rückicht auf das Ausland nehme, wie es die Kommission vorschlage. Jetzt herrsche auf dem Gebiete der Emissionen ein wahres Tohuwabohu. Nur eine Centralstelle könne die Güte der einzelnen Anleihen prüfen und darüber entscheiden, ob ihre Zulassung für Deutschland nützlich sei. Fürst Bismarck habe durch das Verbot der Bombardirung russischer Papiere den Russen finanzielle Schwierigkeiten bereitet, und dadurch die Gefahr eines Krieges etwas weiter hinausgerückt, dies sei schon einige peinliche Verluste wert gewesen.

Abg. Graf Kanitz hält die Angaben des Reichsbankdirektors Dr. Koch nicht für zuverlässig, selbst in Regierungskreisen glaubt man, daß die Verluste an auswärtigen Papieren höher seien, als die Gewinne, dazu tragen noch die Verluste nur der kleinen Kapitalisten, während die Gewinne allein von den großen eingeflößt werden.

Reichsbankpräsident Dr. Koch hält demgegenüber seine Anträge aufrecht.

Abg. Dr. Hammacher (ndl.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Hahn und erinnert diesen an seine Thätigkeit bei der Deutschen Bank. Habe etwa der Dr. Hahn Widerpruch dagegen erhoben, als die Deutsche Bank Geld für die anatolischen Bahnen hergab? Es sei richtig, wenn man das deutsche Publikum daran gewöhne, die Augen offen zu halten, als den Versuch zu machen, durch geistige Maßnahmen den unalauteren Elementen an der Börse entgegenzutreten.

Abg. Dr. Hahn erwähnt, daß er durchaus nicht dagegen sei, wenn das deutsche Kapital im Auslande nutzbringend angelegt werde. Die anatolische Bahn sei von deutschen Ingeneuren aus deutschem Material erbaut worden, daß sie nebenher der deutschen Landwirtschaft Konkurrenz mache, sei eine andere Sache. (Lachen links.)

Hiermit schließt die Diskussion über den Antrag Kanitz und die Debatte wendet sich dem übrigen Inhalt des § 36 zu. (Siehe oben.)

Abg. Fischbeck (ndl. Bpt.) empfiehlt seine oben mitgeteilten Anträge. Der Paragraph ist in der Kommissionssatzung zu allgemein gehalten. Emissionen sollten nicht zugelassen werden, wenn erhebliche allgemeine Interessen geschädigt würden? Was soll "allgemeine Interessen" denn bedeuten? Außerdem wäre man Emissionen verbieten, wenn das Publikum überwöhnt werde, verfügt man auch darüber eine Uebervertheilung des Publikums, wenn der Bantler zu viel verdiente? Ich stehe ganz auf dem Standpunkt des Abg. Hammacher, man müsse das Publikum selbst davon gewöhnen, die Augen mehr aufzumachen. (Beifall links.)

Reichsbankpräsident Dr. Koch erklärt sich mit dem Antrag Fischbeck, soweit dieser die Regierungsvorlage bezüglich des "ein Drittel" wiederherstellen will, einverstanden, spricht sich aber gegen den übrigen Theil des Antrages aus.

Hiermit schließt die Diskussion. Der § 36 wird unter Ablehnung aller Anträge in der Kommissionssatzung angenommen. Für den Antrag Kanitz (Central-Emissionsstelle) stimmen nur die Konservativen, Reichspartei, die Antisemiten und die Polen, für den Antrag Fischbeck die beiden freisinnigen Parteien. Zu § 38 wird ein Antrag des Abg. Dr. Hammacher (ndl.), die Obligationen ausländischer Erwerbsgesellschaften von der Verpflichtung,

die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung jährlich nach Feststellung derselben in einer oder mehreren von der Zulassungsstelle zu bestimmenden deutschen Zeitungen zu veröffentlichen, zu befreien, wofür sich auch Reichsbankpräsident Dr. Koch ausdrückt, gegen die Stimmen der Rechten, Antisemiten, Polen, des Centrums und einiger Nationalsozialer abgelehnt.

Der von der Kommission eingeführte § 38a "Die Zulassung von Aktien eines zur Aktiengesellschaft oder zur Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelten Unternehmens zum Börsenhandel darf vor Ablauf eines Jahres nach Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister und vor der Veröffentlichung der ersten Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung nicht erfolgen. In besonderen Fällen kann diese Frist von der Binsdreg erlangt (§ 1) ganz oder teilweise erlassen werden" wird entgegen einem vom Abg. Fischbeck (Frl. Bpt.) gestellten Antrag auf Streichung aufrecht erhalten.

Die §§ 39 bis 46 führen zu keiner erheblichen Debatte und werden unverändert angenommen.

Zu § 47 (Börsenterminhandel) liegt der Antrag Fischbeck (Centr.) vor, den börsenmäßigen Handel in Getreide und Mühlenfabriken zu verbieten.

Abg. Schwarze (Ctr.) begründet seinen Antrag unter Hinweis auf die preisdrückende Wirkung des Getreideterminhandels. Denn beim Terminhandel richte sich die Preisbildung nicht nach Angebot und Nachfrage, da die Termingeschäfte reine Spekulationsgeschäfte seien und oft kaum der zehnte Theil des gehandelten Getreides wirklich vorhanden wäre. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Ein Antrag auf Vertagung findet nicht die genügende Unterstützung. Unter großer Unruhe des Hauses und von der Rechten mit Murren begrüßt erhält das Wort.

Abg. Dr. Barth (Frl. Berg.): Der Hauptvorwurf der Agrarier gegen den Terminhandel ist ja der, daß er auf den Preis des inländischen Getreides drückt. Gegenüber diesem Einwande stehen alle moralischen Bedenken zurück, die Agrarier fürchten für den Getreidepreis, sonst würden sie den Terminhandel für eine ebenso segensreiche Einrichtung halten als den Totalisator. Professor Kühn in Halle hat nun eine Abhandlung gegen den Terminhandel geschrieben, der als Universitätsfach behandelt und deshalb überall hin portofrei verhandt wurde. Wenn dies so weiter geht, werden wohl noch sämtliche Drucksachen des Bundes der Landwirthe als Universitätsfach behandelt und portofrei verhandt werden. (Sehr richtig! links, lärmt rechts). Nebenligens hat Professor Conrad den Professor Kühn vollständig widerlegt. Prof. Conrad führt auf Grund einer sehr eingehenden Untersuchung aus, daß die Wirkung des Terminhandels in geradezu kindlicher Weise überhöht würde. (Lachen rechts.) Aber auf solche wissenschaftlichen Autoritäten geben Sie (nach rechts) natürlich nichts! Redner geht ausführlich auf das Wesen und die Bedeutung des Terminhandels ein und weiß nach, daß der Terminhandel im heutigen wirtschaftlichen Leben sich aus dem Umstöße der Verkehrswirtschaften von selbst ergeben habe und eine absolute Notwendigkeit sei, die der inländische Handel gar nicht entbehren könne, wenn er die Konkurrenz des Auslands bestehen wolle. Wie man sagen kann, daß der Terminhandel den Preis drückt, ist mir durchaus unverständlich. (Lachen rechts) Denn es bleibt gar keinen Verlauf, dem nicht auch ein Kauf gegenübersteht. (Unruhe rechts.) Ja, können Sie sich denn einen Kaufvertrag denken, der nur einen Verkäufer aufweist? Bisher ist auch noch nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht worden, daß durch den Terminhandel die Produzenten geschädigt werden. Für die Preisbildung ist es ganz gleichgültig, ob das Getreide wirklich vorhanden ist oder ob es sich nur um ein Spekulationsgeschäft handelt. Der Terminhandel mit seinen vielen spekulativen Käufern und Verkäufern dient nur zu einer Stabilisierung des Getreidepreises, denn je mehr Käufer und Verkäufer da sind, desto schwieriger ist es, Preisschwankungen herbeizuführen. Dieses Gesetz, das Sie angeblich aus Mittelstands-politik machen wollen, würde gerade zahllose kleine Existenzien vernichten. Hat doch in Erwartung dieses Gesetzes die Deutsche Bank ihr Aktienkapital von 75 auf 100 Millionen Mark erhöht, mit der ausdrücklichen Angabe, daß in Folge des Börsengesetzes sich für die großen Banken ein viel größeres spekulatives Feld darbietet würde. Wenn der Terminhandel in Godesberg jetzt verboten wird, so werden diejenigen Kreise, die jetzt fürwirth die Aufhebung verlangen, wieder die Einführung des Terminhandels in Godesberg fordern. (Beifall links.)

Handelsminister v. Berlepsch: Die verbündeten Regierungen können sich dem Börsenhandel durchaus nicht entziehen, sie halten den Terminhandel nur insoweit für gerechtfertigt, als er den Bedürfnissen der Produktion und Konsumtion entspricht, glauben aber, daß die Art, wie der Terminhandel sich jetzt an der Börse entwickelt hat, nicht diesen beiderseitigen Interessen gedient hat. (Beifall rechts.) Deshalb steht das Gesetz auch die Feststellung vor, daß der Bundesrat unter gewissen Bedingungen den Terminhandel ganz verbieten kann. (Bravo! rechts.) Daß der Terminhandel der heimischen Landwirtschaft unter Umständen schaden kann, ist zweifellos. (Sehr richtig! rechts.) Ich verweise auf das Vor gehen der Firma Cohn und Rosenburg. (Beifall rechts.) Trotzdem an der Börse eine Stimmung à la hausse vorhanden war, gelang es dieser Firma doch, durch geschickte Manipulationen eine Böse herbeizuführen. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Barth ruft: Auf wie lange? Auf drei Monate. Der Schaden, der der heimischen Landwirtschaft dadurch erwächst, beläuft sich auf 3 bis 4 Millionen Mark. Ein absolutes Verbot würde ja allerdings den Schaden, den der Terminhandel anrichten kann, ganz beseitigen, aber es ist doch die Frage, ob der Schaden, der dann der Landwirtschaft erwächst, nicht noch größer werden würde. (Sehr richtig! links.) Jedenfalls würden die verbündeten Regierungen die Verantwortung hierfür zur Zeit nicht tragen können, sollte es sich später allerdings herausstellen, daß der Schaden, den der Terminhandel

der Landwirtschaft bringt, größer als der Nutzen ist, so würden die verbündeten Regierungen auch nicht anstreben, ihn ganz zu verbieten. Aber in dem Gesetz können wir das absolute Verbot nicht aufnehmen und deshalb bitte ich Sie, den Antrag Schwarze abzulehnen.

Hierauf verzagt sich das Haus.

Der Präsident theilt mit, daß von dem Abg. Auer eine Interpellation betreffend die Verhaftung des Abg. Buek eingegangen ist.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Fest der heutigen Tagesordnung und Interpellation Auer.)

Schluß 5½ Uhr.

Braunschweiger Landtag.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 30. April, 12 Uhr.

(Nachdruck nur noch Nebereinkommen gestattet.)

Eingegangen ist eine Einladung der österreichisch-ungarischen Regierung durch Vermittlung von deren Botschaft zum Besuch der Millenniumsausstellung in Budapest.

Vizepräsident Frhr. v. Heereman erhält die Ermächtigung, den Dank des Hauses auszuüben.

Zunächst werden ohne Debatte in dritter Lesung erledigt der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der im Geltungsbereich der Braunschweigischen Rechts bestehenden Vorschriften über die Ankündigung von Geheimmitteln, und der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes betr. die Handelsanstalten zu Kassel, Fulda und Hanau vom 10. April 1872, und der Gesetzentwurf zur Änderung der Gesetze, die Landeskreditkasse zu Kassel betreffend.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzeswurfs zur Ergänzung des Gesetzes vom 31. Juli 1895, betr. die Errichtung einer Kreditanstalt zur Förderung des landwirtschaftlichen Personalkredits.

Abg. Knebel (natl.) befürwortet die Vorlage und glaubt, dem Kreditbedürfnisse könne besser auf anderem Wege abgeholzen werden, als durch Vermehrung des Grundkapitals. Die Binsberechnungen seien im Vergleich zum bestehenden Binsfuß zu niedrig. Auch Schulze-Delitzsch und Raffaele hätten die Genossenschaften auf natürliche Weise unterstützen, aber nichts konkretes schaffen wollen. Redner bitte, die Vorlage der Budgetkommission zu überlassen.

Gebheimer Oberfinanzrat Hohenstein erklärt, man habe es für richtig gehalten, die Bildung von Genossenschaften durch Förderung des billigen Personalkredits zu unterstützen. Ob dieser Grundatz auf die Dauer befolgt werden könne, lasse sich noch nicht übersehen.

Abg. v. Wendel Steinkels (cons.) weist nach, in welchem Maße die landwirtschaftlichen Genossenschaftskassen im Vergleich zu den Schulze-Delitzschen Kassen gewachsen seien. Auf dem Genossenschaftstag in Augsburg seien die landwirtschaftlichen Kassen als Bastardkassen bezeichnet worden. Nur ein weiterer Rabe, Herr Polenz, habe in Augsburg die Delitzschen Kassen gemacht, ihre Binsverhältnisse würdiger zu gestalten. Diese seien für die Städte bestimmt. Nur wo die Landwirtschaft nicht potent gewesen sei, habe sie bei diesen Kassen Zuflucht gesucht. Aber man solle das Kriegsbedarf begraben. Die Kassen für die Landwirthe müssten auf ihr Kreditbedürfnis zugeschnitten werden. Beide Richtungen müssten sich vereinigen und gemeinsam arbeiten. In Augsburg habe man gesagt, 5 Millionen seien eine Bappalle. In Konsequenz davon habe man die Vergroßerung der Kasse verlangt und jetzt erhalten. Die Centralgenossenschaftskasse wirke durch strenge Kontrolle erzieherisch und stärkt die Selbsthilfe. Redner, dessen Partei wohlwollend der Vorlage gegenübersteht, beantragt die Verweisung derselben an die Budgetkommission.

Abg. v. Wohna (frei.) vermisst in den Motiven die Spezialisierung bei den Einnahmen und Ausgaben der Centralgenossenschaftskasse und wünscht zu wissen, ob ihr Beirath schon in Thätigkeit getreten ist. Man könne vielleicht ein neues Sparklassengesetz machen und auf diese Weise die Sparkassen an die Centralgenossenschaftskasse anschließen.

Finanzminister Miquel entgegnet, der Centralausschuß sei bald nach der Gründung zusammengetreten und habe die Geschäftsführung beauftragt. Eine wiederholte Berufung dieses Beiraths steht demnächst bevor. Die Kasse habe nach den Wünschen Wieler eine Ausgleichsstelle für das gesammelte Sparlassenwesen in Breukens werden sollen. Doch habe man darauf zunächst nicht eingehen können, doch siehe man dem Gedanken nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Die Anlehnung der Sparkassen könne nur mit Freuden begrüßt werden, doch sei dies nicht der Hauptzweck der Sache. Für die Sparkassen sei es aber nicht erwünscht, wenn sie bankmäßige Anleihen machen, um das Geld wieder auszuleihen. Doch könne man nichts dagegen haben, wenn sie gelegentlich in Lombardverkehr mit der Centralkasse träten. Redner sei vorsichtig erst mit einem Urteil auf den Voraus dleates Gesetzes getreten, doch sei der Erfolg derselben ein so überraschender gewesen, daß man jetzt nicht mehr so ängstlich zu sein brauche wie am Anfang. Man überlege jetzt das Kapitalsbedürfnis. Der Umschlag der Kasse berechtige zu der jetzt gewählten Höhe des Kapitals von 20 Millionen. Man habe weder die eine noch die andere Art von Genossenschaft vorgezogen und werde auch mit den Delitzschen Kassen Geschäfte machen, wenn sie dazu geneigt seien. Der Staat trete lediglich als Vermittler eines Bedürfnisses des Mittelstandes in Stadt und Land auf. Zu bedauern sei die langsame Entwicklung von Handwerker-Genossenschaften, doch rege es sich jetzt in diesen Kreisen auch schon und es steht zu hoffen, daß im nächsten Jahre bessere Erfolge zu verzeichnen sein werden. Redner begt die Überprüfung, daß die Vorlage hell aus der Kommission herauskommen werde.

Abg. Grauw (ctr.) erklärt, seine politischen Freunde ständen dem Gesetzentwurf wohlwollend gegenüber. Mit 20 Millionen werde man keine großen Sprünge machen können, namentlich wenn man erst an den Bau von Kornhäusern ginge.

Abg. Pleit (ctr.) sieht in der Verkopplung der Sparkassen mit der Central-Genossenschaftskasse eine große Gefahr und bedauert die schwache Beihilfe der Handwerker an dieser Kasse. Sie gingen, wenn sie sich nicht zusammenschließen, auch an geistigem Kapital zurück.

Abg. Dr. Arendt (frei.) steht der Vorlage sympathisch gegenüber. Die Kasse vertriebe in ganz anderer Weise der Landwirtschaft entgegenzukommen, als die Reichsbank.

Abg. Gotheim (ctr. Berg.) greift auf die Debatte über die Central-Genossenschaftskasse bei der Staatsberatung zurück und polemisiert gegen damals gefallene Beurteilungen des Abg. v. Wendel-Steinkels. Redner weist auf die segensreiche Wirkung der Delitzschen Kassen hin, speziell auf den Vorstandverein in Dresden mit seinem Umsatz von 16 Millionen, und warnt davor, mit der Central-Genossenschaftskasse userlose Pläne zu unterstützen.

Abg. v. Puttkamer-Ohlau (cons.) entgegnet dem Vorredner, von einer Verhaftung des Kredits, wie dieser anzunehmen scheine, könne keine Rede sein, also auch nicht von userlosen Plänen. Redner polemisiert gegen den Abg. Vorius wegen eines Artikels in den "Blättern für Genossenschaftswesen", worin dieser die frühere Debatte über die Central-Genossenschaftskasse und speziell den Redner kritisiert hat. Redner siehe bereits 10 Jahre in der Genossenschaftsbewegung.

Abg. Schenk (freil. Bvt.) führt aus, die Forderungen würden sich immer mehr steigern, bis die Regierung selber einsehen werde, daß auf diesem Wege weder der Landwirtschaft noch dem Handwerk geholfen werden könne. Redner erkennt die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kassen freudig an, aber nicht den Unterschied, den Abg. v. Wendel zwischen ihnen und den Delitzschen Kassen gemacht habe. Auch Schulze-Delitzsch habe dies nicht gehabt und deshalb hätten sich seine Genossenschaften so gut entwickelt. Die Kassen müßten aus Selbsthilfe gegründet sein und alle Staatshilfe zurückweisen, wie die Delitzschen Kassen dies immer thäten. Wenn das Geld aus erster Hand auch mit 3 Proz. ohne Provision abgegeben würde von der Centralbank, komme es doch den einzelnen Genossenschaften auf 4 Prozent zu stehen. Eine ganze Anzahl der neu-gegründeten Genossenschaften sei nicht lebensfähig und werde bald wieder zu Grunde gehen. Redner geht des Weiteren an der Hand der Motive auf die Kornhäuser ein und weist auf die Gefahr hin, die darin liegt, daß die Kornhäuser durch unsägliche Hände ihrem Zweck entfremdet, schließlich den Großkapitalisten aushelfen würden. Was jetzt geschaffen worden sei, sei nur der Landwirtschaft zu Gute gelommen. Die Handwerker in den Städten seien meist schon in Genossenschaften. Die Innungsbanken hätten keine Zukunft. (Abg. Frhr. v. Huene: Abwarten!)

Abg. v. Bockelberg (lon.) wirft dem Vorredner vor, die Sache vom grünen Tisch aus zu beurtheilen. Auf dem Lande entwidelt sich das Genossenschaftswesen als eine sehr die Schöpfung. Die Delitzschen Kassen befürworteten durch die neue Kasse eine Abnahme ihrer Mitglieder. (Abg. Schenk: Ach wo!) Nun, dann mögen sie nicht unsere Kreise fören.

Abg. v. Eynern (nl.) sieht das schnelle Wachsthum des Kassenwesens mit Bedenken an. Die Kasse arbeitet zu billig. Wenn der Staat 3½ Proz. geben müsse, dürfe die Kasse nicht mit 3 Proz. arbeiten. Wenn nicht mehr Binsen genommen werden, würde man schließlich 100 Millionen statt 20 verlangen.

Finanzminister Miquel erwidert, die Kasse solle keine Wohltätigkeitsanstalt sein, habe aber bisher auch noch nicht als solche fungiert. Der Staat solle keinen Gewinn ziehen, nur seine Kosten erfüllt haben. Jetzt koste das Geld dem Staat nicht mehr als drei Proz. und deshalb sei es richtig, das Geld der Kasse mit 3 Proz. zu geben. Wenn sich der Geldmarkt ändern würde, wenn die Kasse selbst sehr zahlen müßte, werde sich auch der Binsfuß ändern. Kleine Opfer müsse die Kasse bringen können in der Erwartung, diese bei billigem Gelde wieder auszugleichen. Dadurch unterscheidet sie sich von der Reichsbank mit ihren wechselnden Diskontosätzen. Bei der Wichtigkeit der Sache würde es übrigens nichts schaden, wenn der Staat einige finanzielle Opfer brächte. (Vorfall rechts.)

Ein Schlauantrag wird gegen die Stimmen der freimaurigen Parteien angenommen.

Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Rechnungssachen, Antrag Frhr. v. Martens, betr. die Medizinalreform, Petitionen.)

Vizepräsident Frhr. v. Heereman theilt mit, daß am Dienstag das Richtergesetz auf die Tagesordnung gelegt werden wird.

Schluß 4 Uhr.

Herrenhaus.

12 Sitzung vom 30. April 1 Uhr.

Seitens der ungarischen Regierung ist eine Einladung zur Teilnahme an der Millenniumsfete eingegangen.

Der Bericht der Staatschuldenkommission über die Verwaltung des Staatschuldenwesens 1894/95 wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Ohne wesentliche Debatte nimmt das Haus sobald den Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung der Städteordnung für Westfalen und die Rheinprovinz in einsamer Schlußberatung an.

Es folgt die erste Lesung des Lehrerbefoldungsgesetzes.

Oberbürgermeister Biegert (Essen): Der Entwurf ist nicht mit der Sorgfalt ausgearbeitet, die wir sonst bei Gesetzesvorlagen gewohnt sind. Es finden sich zahlreiche irrtümliche Angaben in den Motiven; außer formellen Bedenken habe ich auch materielle; das eine besteht sich auf die Alterszulagen. Ich fürchte, daß die Gemeinden an die Kassen mehr zu zahlen haben, als wenn sie selbst die Alterszulagen aus eigenen Mitteln zahlen. Wenn wir auf diesem Gebiet weiter gehen, so vertheilen wir schließlich auch die lächerlichen Ausgaben in derselben Weise und kommen so allmählich zur Staatschule. Der Gesetzentwurf hat eine völlige Loslösung der Lehrer von den Gemeinden zur Folge. Ich gebe zu, daß die Alterszulagen der Grundfehler des Entwurfs sind, aber sie sind auch ähnlich der Grundfehler. (Heiterkeit.) Wenn die Bestimmungen über die Alterszulagen entfernt werden, so bin ich bereit, ihm zuzustimmen, sonst nicht. Lassen Sie uns die Freude an unserer Volkschulen.

Graf v. Biezen-Schwerin: Der Gesetzentwurf entspricht nicht dem allgemeinen Verlangen, das auf ein allgemeines Volkschulgesetz gerichtet ist. Mit dem Rückwerk muß endlich einmal aufgehört werden. Der jetzt herrschende Willkür wird auch durch diese Vorlage kein Ende gemacht, in manchen Bezirken haben die Gemeinden alle Lasten, in anderen gar keine zu tragen. Das Mindestmaßgehalt von 900 M. für Lehrer im Alter von 24 Jahren halte ich für zu hoch. Wo haben wir sonst Beamte, die in diesem Alter ein solches Gehalt bezehlen? Schließlich fällt es diesen jungen Leuten ein, sich zu verheirathen und sie verlangen dann auch noch eine größere Dienstwohnung. Die Städte haben keinen Grund, sich zu beschweren; bisher wurden sie weit besser behandelt als das Land; sie bekommen außerdem Millionen für Museen und derartige Institute, die dem platten Lande nicht zu Gute kommen. Es ist ja bedauerlich, wenn den Städten etwas genommen wird, was sie jetzt haben, aber ein Unrecht sehe ich darin nicht. Ich beantrage Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 15 Mitgliedern.

Oberbürgermeister Zelle-Berlin: Mit der Absicht, die Lage der Lehrer zu verbessern, werden wohl alle Mitglieder einverstanden sein. Aber die diesem Gesetzentwurf kann ich meine Zustimmung nicht geben. Das ganze Gesetz kann ich nur als Notgesch. bezeichnen. Die Verteilung zwischen den Lehrern und den Trägern der Schulläden wird durch das Gesetz noch mehr verstärkt. Die größten Bedenken habe ich gegen § 27, durch welchen die großen Städte erheblich belastet werden. Es ist durchaus falsch, daß den Städten bisher irgend welche Vortheile gewährt sind, jetzt aber soll ihnen das, was sie bisher gehabt haben, auch noch entzogen werden. Die Stadt Berlin, die bisher 900 000 Mark bekommen hat, soll jetzt nur noch 12 000 M. erhalten. Das Gefühl, Unrecht zu erleiden, wird in den Städten immer mehr erwachen. Man sagt, daß die großen Städte durch Überweisung der Grunds- und Gebäudesteuer entzöglicht sind. Das ist nicht richtig; so hat z. B. Berlin an Grunds- und Gebäudesteuer im letzten Jahre 14 Millionen bekommen, während sich die Mehrbelastung durch die Steuerreform auf 18 Mill. Markt stellt.

Technisch wird es wohl auch in anderen Städten sein. Erinnern Sie sich der Worte eines Sozialdemokraten: "Die Sozialdemokratie lebt nur von Euren Fehler!" Auch mit diesem Gesetzentwurf würden wir einen schweren Fehler begehen; wir schaffen dadurch vielleicht hundert Befreiungen, aber auf der anderen Seite tausend Unzufriedene. (Vorfall.)

Kultusminister Dr. Bosse: Es ist kein Zweifel, daß das Gesetz die drückendste Not der Lehrer beleidigt wird. Doch es einem dringenden Bedürfnis entspricht, können Sie daraus erschließen, daß sich alle Lehrer in Lehrerzeitungen und Versammlungen dafür ausgedrückt haben. Die Überzeugung des Oberbürgermeisters Biegert, daß wir unsere Schulen nicht aus Gemeindeschulen in Staatschulen umwandeln dürfen,theile ich vollkommen, aber das soll und wird durch die Alterszulagen auch gar nicht geschehen. Wir wollen den Städten die Freude an ihren Schulen nicht fören, sondern sie erhöhen. (Widerspruch.) Ich habe das Vertrauen, daß die Städte auch ferner für ihre Schulen sorgen werden, selbst wenn ihnen diese verhältnismäßig kleine Zelle angelegt werden soll. Man muß doch bedenken, daß die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer in den Städten weit mehr zur Geltung kommt als auf dem Lande. Deshalb ist es ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit zu Gunsten des übermäßig belasteten platten Landes, was wir hier verlangen. Diese Forderung kann ich vor Gott und den Menschen verantworten.

Graf Altmannström: Wir haben das dringende Verlangen, den Lehrern zu helfen, aber gegen dieses Gesetz müssen wir prinzipielle Bedenken geltend machen. Wir müssen an der Forderung eines Volksschulgesetzes auf konfessioneller und christlicher Grundlage festhalten. Was die Regelung abhält, ein solches Gesetz einzubringen, weiß ich nicht. Der vorliegende Gesetzentwurf wird mindestens zu den allergrößten Unzufriedenheiten führen; nicht nur die Städte, sondern auch das Land werden dadurch erheblich belastet. Die Lehrer werden durch das Gesetz nicht befriedigt, die Schreiber wird vermeidet, und die Unzufriedenheit wird wachsen. Lehrerbefoldungsgesetz, Dotationsgesetz und allgemeines Schulgesetz gehören zusammen. Dielem Gesetz werden wir nicht zustimmen, ich glaube auch nicht, daß unsere prinzipiellen Bedenken in der Kommission verschwinden werden.

Nach einigen Worten des Geheimrath Germar erklärt Prof. Dr. Neinke (Kiel): Mit der Teuerung des Gesetzes können wir wohl alle einverstanden sein. Unannehmbar ist das Gesetz für mich, wenn die Bestimmung in Bezug auf die Kürzung des Staatszuschusses an die Städte bestehen bleibt. Trotz der schwachen Aussichten für das Befriedenommen des Gesetzes hoffe ich doch, daß bei einem guten Willen in der Kommission eine Verständigung möglich ist.

Oberbürgermeister Becker (Köln): Vor zwei Jahren wurde zur Entlastung der Gemeinden das Komunalabgabengesetz eingeführt und jetzt ist die Regierung bestrebt, die Steuern wieder in die Höhe zu treiben. Wir können uns das Geld doch nicht aus den Rippen schneiden. (Heiterkeit.) Das Gesetz ist durchaus bürokratisch. Das Aufsichtsrecht hat unter dem jetzigen Ministerium einen solchen Grad erreicht, daß die Gemeinden eigentlich nur noch zu zahlen haben. Der Begriff der Bürokratie sind die Alterszulagen, und doch wird dadurch die gewünschte Gleichheit noch nicht erreicht. Diese Kassen sind eine Brücke auf schlechte Lehrergehälter und überfüllte Klassen. (Schr. richtig.) Der einzige Segen, den die Alterszulagen bringen sollen, besteht darin, daß Lehrer vom Lande in die Stadt verlegt werden können. Aber je länger ein Lehrer auf dem Lande unterrichtet hat, desto weniger eignet er sich für die städtischen Schulen. Ich bitte Sie den Gesetzentwurf abzulehnen. Das Beste wäre es, die Regierung vergrößerte den Dispositionsfonds und stellt zunächst noch weitere Erwägungen an. (Vorfall.)

Minister Dr. Bosse: Wenn Sie diese Vorlage ablehnen, so wird dadurch die Zeit zur Vorlage eines Volksschulgesetzes doch nicht günstiger. Sie bewirken nur, daß den Lehrern, die schon so lange auf Besserung warten, noch immer nicht geholfen wird. Ich bitte Sie, wenigstens den Antrag auf Überweisung an die Kommission anzunehmen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Zur Geschäftsordnung erklärt.

Oberbürgermeister Dr. Giese-Altona eine Kommissionsberatung für überläßt, da von allen Seiten prinzipielle Bedenken erhoben sind. Redner schlägt vor, sofort in die Spezialdebatte einzutreten.

Oberbürgermeister Struckmann Oldesheim, Frhr. v. Durant, Oberbürgermeister Schneider-Magdeburg widersprechen diesem Vorschlag.

Hierauf wird der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt und sofort in die Spezialdebatte eingezogen. Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes werden ohne Debatte mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Die Schlußabstimmung über das Gesetz im Ganzen und die zweite Lesung werden auf Sonnabend 1 Uhr abgehalten. Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 30. April. [Das Herrenhaus auf dem Kriegspfad.] Das Ereignis des Tages ist die Ablehnung des Lehrerbefoldungsgesetzes durch eine starke Mehrheit des Herrenhauses. Schon nach den Fraktionsberatungen des gestrigen Abends durfte man auf diesen Ausgang vorbereitet sein. Die Fraktion Stahl und die Freie Vereinigung der Linken kamen in ihren Besprechungen alsbald gleicherweise zu der Überzeugung, daß die Vorlage nichts tauge. Diese sehr vernünftige Ansicht braucht darum gewiß nicht zu mißfallen, weil sie zufällig auch von dem reaktionären Flügel des Herrenhauses getheilt wird, und weil sie sich hier, wie selbstverständlich, auf Gründe stützt, die natürlich nicht die unzufrieden sein können. Für die Mehrheit des Herrenhauses ausschlaggebend war und ist, daß das platten Land noch nicht genügend bedacht worden sei, daß es wohl gar, wie ein lührer Redner hauptete, durch das Gesetz benachtheiligt werde. Ueber den gährenden Wassern der Erregung unter den Fürsten, Grafen und Herren unserer Ersten Kammer schwiebt aber in alter Glorie die Sehnsucht nach einem konfessionellen Schulgesetz. Was liegt dem Herrenhause an einer Aufbesserung der Lehrergehälter? An dieser klassischen Stätte, wo einstmals der Reichsgraf Bühl erklärt hatte, er habe noch nie von einer verhungerten Lehrerschwester gehört, fragte heute ein Redner mit edler Entrüstung, wo es denn sonst noch vorkomme, daß ein Beamter mit fünfundzwanzig Jahren schon ganze 900 M. beziehe. Wollte aber die Staatsregierung so freundlich sein, ein allgemeines Schulgesetz einzubringen, dann würde die konservative Gesellschaft im Herrenhause am Ende die Gnade haben, auch das Lehrerbefoldungsgesetz anzunehmen. Wir möchten wohl wissen, welch ein Vorm sich auf der ganzen Rechten erheben würde, wenn eine nicht konservative Mehrheit im Reichstage sich einsetzen ließe, in solcher höchst praktischen Weise ein parlamentarisches Regierungssystem zu erzwingen.

Der Lärm wäre unausstehlich. Herrn Bosse wurde es befreitlicherweise etwas unbehaglich bei der Behandlung seines Schmerzenkindes, des Lehrerbesoldungsgesetzes. Aber schließlich hielt er sich doch ganz wacker, und noch unter der zuschnürenden Faust der konservativen Dränger blieb er dabei, daß ein allgemeines Schulgesetz jetzt wirklich und wahrhaftig nicht eingebrochen werden könne; die Gründe, die es nach der Meinung der Staatsregierung verbieten, seien nun einmal unverändert, und die heutige Debatte erscheine am wenigsten geeignet, die Regierung umzustimmen. Nun, man wird ja sehen, was am Sonnabend Herr Miguel fertigbringen kann. Die „Schlußabstimmung“ — das Herrenhaus hat nun einmal neben sonstigen Eigenthümlichkeiten auch die denkbare eigenthümlichste Geschäftsortordnung — wurde bis übermorgen vertragt, und hier ist es möglich, daß aus Schwarz Weiß und aus Weiß Schwarz wird. Sonderbar genug, daß Herr Miguel an der Verhandlung gar nicht teilnahm. Er mußte vorher wissen, wie heiß es im Herrenhause hergehen werde. Aber vielleicht erwirkt er sich am Sonnabend als Retter aus Noth und Gefahr. Die Liberalen freilich unter der Führung der Oberbit geimeister wird er nicht umstimmen können. Es geht den Städten an den Kragen, und zustimmen hieße politischen wie finanziellen Selbstmord begehen. Burlesk aber ist der Gedanke, daß das Herrenhaus vielleicht gar eine Regierungskrise in die Wege leiten könnte.

Aus dem Gerichtshaus.

* Leipzig, 30. April. Das Reichsgericht verwahrt die Rechtsprechung des Redakteurs Hofrichter in Köln, welcher am 21. Dezember v. J. wegen Beleidigung des Direktors der rheinischen Arbeitsanstalt in Brummeier, Schellmann, zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden war. Seiner wurde die Revision des Reichsgerichts Oskar Herzog in Wettin verwohnen, welcher am 18. März vom Schöpfergericht zu Halle a. S. wegen Erwirkung des Spalaffendanten Böttcher und wegen anderer Verbrechen zum Tode und zu 12 Jahren Buchhaus verurtheilt wurde.

Vorales.

Bonen, 1. Mai.
n. Von einer Maifeier ist hier nichts zu spüren. Auf allen Bauten, in den Werkstätten und Fabriken wird ohne Störung weiter gearbeitet.
n. Verunglückt ist gestern auf dem Güterbahnhof ein Speditionsarbeiter, der nach Beladung eines Rollwagens wieder bestiegen wollte; dieser rutschte die Leiter hinunter, so daß dieselbe zurückfiel und den Arbeiter zu Tode bringt.

4. Klasse 194. Königl. Preuß. Lotterie.

Stellung vom 30. April 1896. — 12. Tag Normittag.

Für die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigegeben. Ohne Gewinn.

15 (800) 143 47 818 61 410 501 614 64 735 907 61 1 144 284
356 496 526 602 724 66 69 90 862 2 125 248 487 540 91 98 724
72 912 3 052 200 24 52 607 862 900 49 80 4 606 766 81 947
5 279 892 (300) 476 629 724 86 77 80 (500) 84 808 6 219 64 626
52 65 807 67 892 7 404 501 600 886 (900) 83 912 18 15 8 874
488 9 261 726 (800) 121 25 71 83 767 887 920 62 91
10 119 278 587 (1500) 741 818 63 955 1 010 662 227 71 428
81 (300) 87 500 698 788 800 12 074 99 (1500) 122 841 497 511 828
981 58 88 13 055 (1500) 249 74 75 447 629 766 848 44 97
14 177 578 666 810 950 15 024 862 659 787 44 16 008 (500) 288
380 464 541 60 775 800 17 048 148 95 208 50 62 602 50 18 055
59 92 227 (1500) 589 (800) 666 880 49 (800) 935 (1500) 91 19 248
800 76 79 438 (500) 801
20 058 108 52 429 613 67 85 987 21 084 (300) 454 659 785 904
22 008 68 147 296 (300) 864 (300) 759 23 416 75 84 626 977 81
24 026 (300) 126 82 85 417 687 79 (500) 709 809 80 54 25 199 320
571 73 684 26 074 248 407 (800) 528 677 760 875 27 032 186 477
516 718 21 (500) 51 94 28 089 125 46 288 381 97 418 674 79 756
(1500) 803 (300) 71 947 29 174 482 501 697 710 848
30 115 78 286 337 403 57 592 706 74 (1500) 819 57 988 87
31 068 79 160 68 224 57 362 447 648 700 857 32 062 98 288 609
44 68 722 61 809 953 33 085 118 50 602 944 34 012 276 487 717
35 098 147 266 94 148 518 88 681 70 (500) 927 85 35 105 20 85
44 45 82 48 320 72 98 545 (3000) 77 (1500) 628 840 89 907 14 42
405 546 614 729 30 825 61 39 307 20 72 (1500) 848 961 (3000)
41 018 84 81 97 201 (800) 98 378 79 701 48 94 815 998 (3000)
92 (500) 818 78 57 (300) 848 915 79 88 43 058 118 308 (3000) 516
718 44 583 (1500) 686 744 906 45 265 70 75 90 869 524 51 625
41 845 86 46 082 288 414 72 518 99 698 701 25 852 59 91
211 15 45 77 327 58 408 26 662 780 804 922 (300) 49 292 97 346
511 698 804 41 94 994
50 208 86 452 98 676 781 918 74 51 061 77 548 984 52 218
62 517 87 572 95 719 894 53 256 875 581 (1500) 54 107 368 422
642 814 58 682 71 55 018 45 58 (300) 84 106 (500) 78 93 240 321
198 262 872 484 518 (1500) 109 18 75 812 14 989 58 142 58 832
60 018 59 019 54 632 (300) 84 792 814 914 86 (200)
62 008 68 255 879 507 (300) 8 718 902 84 63 108 15 226 89 781
50 65 083 50 76 64 073 186 384 524 98 651 787 (1500) 902 22
(500) 855 506 88 667 872 978 88 88 67 010 65 193 208 493 564 617
68 075 842 86 480 85 563 763 828 90 (3000) 962 69 162 (300) 226
378 458 798 815 96 922
428 771 78 28 128 (3000) 86 85 526 70 621 733 71 122 296 891 92
73 025 73 87 909 50 72 019 283 489 669 848 71 912 56 69
458 558 611 97 815 424 48 79 712 92 897 951 74 158 801 (1500)
(300) 510 40 684 834 903 77 223 99 447 510 714 47 78 865 70 448
80 026 148 79 117 384 54 599 718
768 849 945 82 034 52 69 113 70 394 470 848 924 (300) 27 69
83 105 26 235 383 550 69 113 70 394 470 848 924 (300) 27 69
85 120 660 712 814 86 080 111 428 574 784 858 87 050 444 558
956 91 88 094 115 512 66 980 (500) 89 178 222 415 556 677
96 000 185 843 54 457 504 98 639 798 (1500) 494 90 1 080 (3000)
101 72 8 3 480 553 68 656 68 735 77 556 92 072 98 (500) 184 398
428 (300) 78 564 88 862 (3000) 84 986 78 93 078 123 271 302 486
588 755 61 827 917 94 102 81 818 18 21 99 408 717 22 894 95 136
(500) 54 (500) 277 624 778 90 96 020 44 53 184 53 288 (1500) 405
98 082 416 740 88 954 (5000) 99 269 74 325 497 618 98 871 74
100 197 849 474 580 601 61 72 801 34 99 908 101 042 112
(1500) 206 850 (800) 54 91 (1500) 598 618 21 99 704 28 46 802 28
388 66 463 (500) 700 (300) 68 104 028 885 781 818 17 (500)
105 083 69 113 284 485 86 674 806 28 (500) 965 106 096
59 638 711 (500) 75 827 57 (1500) 108 103 66 205 441 47 70 691
794 880 902 86 (500)
110 056 400 528 96 877 918 (1500) 71 (500) 82 111 087 142
53 68 81 271 337 405 504 52 612 726 89 48 856 978 112 055 80

waren noch einige Frachträger der Wagenladung herab und auf den Berghügeln gefallen, so daß dieser anschließend erhebliche innere Verluste davon trug und in das städtische Krankenhaus geschafft werden mußte.

* Personalnotiz. Der Regierungsrat Iffland in Posen ist zum Landrat ernannt worden.

Aus der Provinz Posen.

○ Sauter, 30. April. [Von der evangelischen Kirchengemeinde.] Der Predigtamtskandidat Eisele höchstselbst schied mit dem 1. Mai aus der bislang evangelischen Kirchengemeinde, deren Liebe und Achtung er sich erworben hat, und wird bis zu seiner demnächst stattfindenden Ordination bei seinem Vater, dem Superintendenten in Borek, auskultieren thätigen. An seiner Stelle ist dem Superintendenten Leyländer höchstselbst vom Konistorium der Predigtamtsschule Gustav Worm in Ballstedt in Braunschweig als Hilfsprediger beigegeben worden.

○ Lissa i. P., 30. April. [Todesfall.] Am 28. d. M. starb einer unserer angesehenen Bürgers, der Brauerelbüber Anderich. Der Verlobte hat vom Jahre 1863 an bis zum vorigen Jahre das Amt eines Presbyteriums-Mitgliedes der bislang reformierten Kirche bekleidet; Jahre hindurch hat er auch das Amt eines Kirchenklassenpräsidenten verwaltet, bis er im vorigen Jahre in Folge andauernder Krankheit aus dem öffentlichen Leben zurück trat.

Aus den Nachgebieten der Provinz.

* Dirschau, 30. April. [Mord.] Heute Nacht wurde der Gutsbesitzer Woerner Dähnle in Lünauer wießen und ein dort beschäftigter Zimmermann Bätzewitz aus Dirschau erschlagen und Frau Dähnle sowie ihr Dienstmädchen verletzt. Der mutmaßliche Mörder, ein Knecht, welcher nach vollbrachter That das Haus in Brand zu stecken versuchte, ist flüchtig.

Telegraphische Nachrichten.

Der Bulgarenfürst in Berlin.

Berlin, 30. April. Der Fürst von Bulgarien, welches im Auftrage des Kaisers der Oberstleutnant Graf v. Kanzler vom II. Garderegiment entgegengesessen war, traf um 4 45 Uhr hier ein und wurde am Bahnsteig vom Kommandierenden General des Gardekorps, von Winterfeld, dem Kommandanten Berlins, von Nazmer, dem Polizeipräsidenten Frhr. v. Windheim, dem Kammerherrn von Hassenthal, der türkischen Botschaft und der bulgarischen Kolonie empfangen. Die Vorstellung der Erschienenen erfolgte durch den Oberstleutnant Graf von Kanzler, wozu der Fürst sein Gefolge vorstellte. Dann hielt der Führer der Bulgarenkolonie eine kurze Begrüßungsansprache, die der Fürst, jedem Einzelnen die Hand reichend, erwiderte. Der Fürst bestieg mit dem

Oberstleutnant v. Kanzler eine zweispännige Gilakutsche, in welcher er ins Schloss fuhr, wo er die Petits Appartements bezog. In mehreren Hofwagen folgte die Begleitung des Fürsten.

Wildpark-Station, 30. April. Fürst Ferdinand von Bulgarien traf um 7 Uhr 45 Minuten hier ein, wurde auf dem Bahnhof von dem Polizeipräsidenten von Potsdam, von Balan, empfangen und begab sich alsbald nach dem Neuen Palais. Hier wurde der Fürst zuerst von dem Kaiser empfangen, alsdann begrüßte er die Kaiserin. Bei der Tafel saß der Kaiser der Kaiserin gegenüber, die zur Rechten den Fürsten Ferdinand, zur Linken den Prinzen Ferdinand von Rumänien hatte. Während der Tafel trank der Kaiser dem Fürsten Ferdinand zu. Die Musik stellte das 1. Garde-Regiment zu Fuß.

München, 1. Mai. Geh. Justizrat Professor Dr. Friedrich Heinrich Geßlein ist heute Nacht in seiner Wohnung, in der Seitzstraße 3, infolge eines Zimmerbrandes, welcher durch Explosion einer Petroleumlampe hervorgerufen worden war, erstickt.

Friedrich Heinrich Geßlein war am 9. Dezember 1830 in Hamburg geboren, bezog 1850 die Universität Bonn, wo er Geschichte, darauf Göttingen, wo er Juris studierte. 1854 ward er zum Legationssekretär bei der Gesandtschaft der Freien Städte in Paris ernannt, 1856 zum hamburgischen Geschäftsträger in Berlin und 1859 zum hanseatischen Ministerresidenten derselbst. Nach der Gründung des Norddeutschen Bundes ward G. in gleicher Eigentheit nach London versetzt, lebte aber Mitte 1868 nach Hamburg zurück, wo er von da ab bis 1872 als Syndikus dem Senat angehörte. 1872 ward er als Professor des Zölle und der Staatswissenschaften an die Universität Straßburg berufen, 1881 trat er in den Ruhestand, wurde zum Geh. Justizrat ernannt und siedelte nach Hamburg über. Geßlein, der der strengkonservativen und orthodoxen Partei angehörte, war ein entschiedener Gegner Bismarcks; andererseits gehörte er zu den vertrauten Freunden des Kronprinzen Friedrich Wilhelm (Kaiser Friedrich III.), für den er im Verein mit F. von Roggenbach und A. v. Stosch bereits 1885 den "Erlaß an den Reichskanzler" entworfen hatte, den dieser nach seiner Thronbesteitung am 12. März 1888 an Bismarck richtete. Nach dem Tode des Kaisers Friedrich III. zog sich G. durch Veröffentlichung eines von diesem während des deutsch-französischen Krieges geführten, ihm 1873 vertraulich mitgeteilten Tagebuchs die Einsicht eines durch einen Immediatbericht Bismarcks an den Kaiser veranlaßten Strafverfahren beim Reichsgericht wegen Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen, event. wegen Verfälschung von Staatsurkunden zu. Dasselbe hatte jedoch keine weiteren Folgen, da das Reichsgericht mittelst Beschluss vom 4. Januar 1889 mangels genügender Gründe für Annahme einer strafbaren Absicht den Angeklagten außer Verfolgung setzte.

Halle a. S., 30. April. Bei dem heftigen allgemeinen Sonnenvereine gab große Unregelmäßigkeiten auf, welche aufgedeckt und falsche Dividendenzahlungen sind bereits festgestellt.

Chemnitz, 30. April. Hier hat sich ein Verband der Arbeitgeber der gesamten Textilbranche und zwar der angesehensten Firmen der Weberei, Wirkerei, Spinnerei und Färbererei mit einem großen Kapital fonds zu dem Zweck gebildet, um etwaigen Arbeitsmangeln zu entgegnen, mit denen die Textil-Industrie unaufhörlich bedroht wird, sofort wirksam entgegentreten zu können.

Brüssel, 30. April.

